

Entwurf
Leitantrag

**an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
am 3. Juni 2023 in Aschersleben**

1 **Land. Leben. Zukunft**

2 **Leitlinien der LINKEN für die Kommunalwahlen 2024**

3

4 2024 finden in Sachsen-Anhalt zwei wichtige Wahlen statt. Die Bürgerinnen und Bürger haben
5 die Möglichkeit sowohl bei den Wahlen zum Europaparlament als auch bei den
6 Kommunalwahlen ihre Stimme abzugeben und damit mitzuentcheiden.

7

8 Kommunalpolitik ist eine Frage der Nähe: nah am Menschen, nah am Leben. Vieles, was
9 einen funktionierenden Alltag ausmacht, wird hier geregelt: die Erreichbarkeit der Schule und
10 des Supermarktes, beheizte Wohnungen und Schwimmbäder, offene Rathäuser und
11 Turnhallen. Beschäftigte der Kommune betreuen Kinder, pflegen Kranke, entsorgen den Müll.
12 Über „Systemrelevantes“ wird also entschieden in unseren Rathäusern, in unseren Kreis-,
13 Gemeinde- und Ortschaftsräten.

14

15 Die Wahlen finden in Zeiten multipler Krisen statt. Wir erleben die Klimakrise, eine
16 Energiekrise mit ihren unsozialen Folgen und auch die Nachwirkungen der Pandemie sind
17 noch nicht überwunden. Unter den steigenden Kosten auf Grund der Inflation und des
18 Fachkräftemangels leiden nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die
19 Kommunen. Diese Wahlen werden überschattet vom imperialistischen Angriffskrieg
20 Russlands gegen die Ukraine, deren Folgen auch im kommenden Jahr noch präsent sein
21 werden.

22

23 Gesellschaftliche Strukturen, demokratische Mitbestimmung und sicher geglaubte
24 Perspektiven werden in Frage gestellt. Die kommunale Selbstverwaltung ist auf Grund der
25 Vielzahl von zusätzlichen Aufgaben und steigenden Ausgaben nur noch bedingt gewährleistet.
26 Wir brauchen aber handlungsfähige Kommunen, deshalb bleibt unsere Forderung: Die
27 Krisengewinnler müssen zahlen! Unsere Forderungen zur Umverteilung von Reichtum sind
28 nach wie vor aktuell: eine Vermögenssteuer, eine Vermögensabgabe, die Übergewinnsteuer in
29 Krisenzeiten, die Deckelung von Energie- und Lebenshaltungskosten, die öffentliche Kontrolle
30 der Preise, die Stärkung von Bus und Bahn.

31

32 Neben den regionalen Unterschieden der Kommunen gibt es grundsätzliche Ziele LINKER
33 Politik: Wir wollen Zusammenhalt stärken, soziale Ungleichheit zurückdrängen und marktfreie
34 Räume verteidigen. Der Klimaschutz und die Energiewende sind drängende
35 Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen uns für eine klimaneutrale Entwicklung unserer

36 Kommunen ein, deren Kosten gemeinschaftlich getragen und sozial ausgewogen verteilt
37 werden. Als antifaschistische Kraft tritt DIE LINKE Rechtsextremismus und Rassismus
38 entgegen. Wir reichen den Menschen aus kriegszerbombten Städten wie Mariupol und Aleppo
39 unsere Hand. In Zeiten verschärfter Konkurrenz gilt für DIE LINKE: Gesellschaftlichen
40 Reichtum gerecht umverteilen, statt arm gegen arm auszuspielen.

41

42 **Die LINKE will eine zukunftsfeste öffentliche Daseinsvorsorge**

43

44 DIE LINKE ist die Partei der öffentlichen Verantwortung. Was alle brauchen, muss öffentlich
45 zugänglich sein. Wir nennen das Daseinsvorsorge. Zu Hause ist mehr als eine Wohnung oder
46 ein Haus. Ein Zuhause muss bezahlbar sein, es braucht Strom, Internet, Wärme und Wasser,
47 Bus und Bahn, Kita und Schulen, Theater und Bibliotheken, Krankenhäuser, Arztpraxen und
48 Apotheken. All das und viel mehr macht attraktive Lebensbedingungen aus. Der Schlüssel
49 dafür ist für uns als LINKE, dass alles, was dafür gebraucht wird, in öffentlicher Hand ist. Und
50 es muss idealerweise barrierefrei erreichbar sein, auf dem Land und in der Stadt. Nur so hat
51 Land. Leben. Zukunft.

52

53 Wir sagen: Was alle zum Leben brauchen, darf nicht dem Profitstreben Einzelner unterliegen,
54 sondern muss demokratisch kontrolliert und durch alle mitbestimmt werden. Die öffentliche
55 Daseinsvorsorge soll deshalb in der öffentlichen Hand verbleiben oder dorthin zurückgeholt
56 werden.

57

58 Herzstück für uns sind optimal finanzierte Krankenhäuser in öffentlicher Hand, ein
59 landesweiter Klinikverbund und eine flächendeckende Präsenz von Haus- und Fachärztinnen
60 und -ärzten. Und: LINKE sind auch kommunalpolitisch offen für Neues. Digitalisierung,
61 Telemedizin und Künstliche Intelligenz helfen heute schon dort, wo sie auf offene Kommunen
62 treffen, Mängel der medizinischen Versorgung und Pflege zu dämpfen.

63

64 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für uns zentral, damit Energie bezahlbar, sicher und
65 klimagerecht verfügbar wird. Unsere kommunalpolitische Erfahrung ist, dass die Akzeptanz
66 vor Ort steigt, wenn die Menschen vom Ausbau profitieren und nicht noch mit höheren
67 Stromkosten belastet werden. Deshalb ist für uns klar: Wir überlassen die Stromproduktion
68 nicht privaten Konzernen, sondern stärken unsere kommunalen Stadtwerke und unterstützen
69 sie dabei, Strom selbst zu produzieren. Energienetze müssen in öffentliche Hand
70 zurückgeführt werden. Profitgetriebene Energiekonzerne wollen wir rekommunalisieren.

71

72 Um auch zukünftig wichtige Bereiche wie Schule, Kita, Gesundheit, Pflege und Mobilität
73 anbieten zu können, braucht es Fachkräfte, die in Sachsen-Anhalts Kommunen gut und gerne
74 leben können. Und es braucht gute Kommunalpolitik, die darauf einen Fokus setzt. DIE LINKE
75 wird dies tun.

76

77 DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung ein, in dem sie bei
78 jeder Investitionsentscheidung, egal ob Strukturwandelprojekte, Industrie- oder
79 Gewerbeansiedlung oder Ausweitung von Wind- oder Solarenergieanlagen, ob Ausweisung
80 neuer Wohnsiedlungen oder großflächiger Verkaufsflächen die langfristigen Auswirkungen auf
81 Mensch und Umwelt hinterfragt und dabei den sozialökologischen Aspekt in den Vordergrund
82 stellt. Wir setzen uns ein für klimaangepasste Stadt- und Gemeindeentwicklungen damit
83 unsere Kommunen auf die Herausforderungen des Klimawandels besser vorbereitet sind.

84 Wertvolles Ackerland soll nicht zugunsten von Wohnanlagen oder zur industriellen Nutzung
85 versiegelt werden. Unsere Böden sind eine wichtige Wertanlage für die Zukunft.

86

87 **DIE LINKE will barrierefreie Mobilität für alle – überall**

88

89 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Nicht nur dafür
90 braucht es einen gut ausgebauten und verzahnten öffentlichen Nahverkehr, sondern auch als
91 wichtigen Baustein zur Bewältigung der Klimakrise und für Klimagerechtigkeit. Dabei muss er
92 auch (für alle) bezahlbar sein. Wir arbeiten daran, die bestehende Alternativlosigkeit des
93 Autos (motorisierten Individualverkehrs), insbesondere in den ländlichen Regionen zu
94 beseitigen, aber nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und nicht durch
95 Einschränkungen der Mobilität.

96

97 Deshalb gehören die Stärkung des Umweltverbundes und der Ausbau des Geh- und
98 Radwegenetzes zur Agenda linker Kommunalpolitik. Das 49-Euro-Ticket ist eine
99 Vergünstigung gegenüber dem vorherigen Status quo, aber eben nur für diejenigen, die sich
100 das leisten können.

101

102 Es braucht die Einführung eines 365-Euro-Tickets mit kostenfreien Tickets für Schüler:innen,
103 Studierende und Menschen, die Sozialleistungen erhalten sowie eine zügige Umstellung auf
104 einen fahrscheinlosen ÖPNV in Deutschland, bezahlt durch gerechte Steuern für die
105 Reichsten und den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Um weiße Flecken im ÖPNV im
106 ländlichen Raum auszufüllen stehen wir dem autonomen Fahren offen gegenüber.
107 Modellprojekte wollen wir unterstützen und evaluieren.

108

109 **DIE LINKE will mehr soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt**

110

111 DIE LINKE thematisiert auf allen Ebenen die immer mehr zunehmende Polarisierung in Arm
112 und Reich in unserer Gesellschaft. Ein Etikettenschwindel von Hartz IV in Bürgergeld allein ist
113 seitens der Politik deutlich zu wenig. Ein Fünftel der Kinder in unseren Städten und Dörfern
114 sind arm. Die Inflation und die steigenden Energie- und Heizkosten verschärfen die Armut,
115 gerade auch von Rentner:innen. Diese Probleme können nicht auf kommunaler Ebene
116 behoben werden, aber wir können in den Kommunen Einfluss nehmen, wie der Zugang zu
117 staatlichen Hilfen gestaltet wird, wie Bildungsangebote wirken, wie Vereine und Verbände
118 arbeiten. Das betrifft auch den solidarischen Umgang mit allen Flüchtlingen.

119

120 Kommunale Räte finden unterschiedliche Bedingungen und Probleme vor: In den großen
121 Städten konzentriert sich Armut, die Mittelstädte und das Land verlieren hingegen an
122 Infrastruktur. Auch in ostdeutschen Städten und Gemeinden steigen Mieten und immer
123 deutlicher trennen sich teure von armen Wohngebieten ab. Kommunales Eigentum und
124 Wohnungsgenossenschaften sind entscheidende Steuerinstrumente für Zusammenhalt und
125 soziale Durchmischung der Quartiere. Der Bestand kommunaler Wohnungen und kommunale
126 Wohnungsunternehmen sowie Wohnungsgenossenschaften müssen geschützt werden.

127

128 Immer mehr Menschen leben allein, nicht nur im hohen Alter. Wir brauchen mehr und neue
129 Möglichkeiten der Begegnung für Alt und Jung, für Alleinerziehende, für Kinder und Familien,
130 für Senior:innen und ärmere Menschen. Leben und Arbeiten müssen wieder enger
131 zusammenrücken. In ganz Sachsen-Anhalt existiert nur noch ein großes Warenhaus, wir
132 brauchen eine Neubelebung von verödeten Innenstädten und Dorfkernen. Wir wollen

133 multifunktionale Begegnungsstätten erproben, die Beratungsmöglichkeiten, Ausleihen,
134 Reparaturwerkstätten und Gesprächsräume vereinen. Nicht jeder Haushalt muss einen
135 Drucker oder Werkzeug besitzen. Dorfläden sind oft nicht konkurrenzfähig gegen die „grüne
136 Wiese“, deshalb brauchen sie Förderung als gemeinschaftliche Halte- und Begegnungspunkte.
137 Jugendliche brauchen Freiräume und eigene Begegnungsstätten. Wir setzen uns auf
138 kommunaler Ebene für den Erhalt soziokultureller Zentren ein und unterstützen die Schaffung
139 neuer Orte zur selbstbestimmten Gestaltung.

140
141 Sicherheit beginnt für uns nicht mit Videoüberwachung, sondern mit Chancengleichheit,
142 Zusammenhalt und Gesundheitsschutz. Wir wollen Klimaschutzkonzepte in allen Kommunen.
143 Diese sind relevant für alle gesellschaftlichen Bereiche, zentral für den Schutz gegen Dürre,
144 Überschwemmungen und andere Extremwetter. Mehr Verschattung und der Erhalt sowie
145 Neuanpflanzung von Bäumen, Grünflächen und Waldgebieten als Hitzeschutz, CO-Speicher
146 und Augenfreude hat oberste Priorität.

147
148 Vor allem der Fachkräftemangel erschwert die Erfüllung kommunaler Aufgaben und wird
149 durch die Zunahme von Aufgaben, die von der Kommune übernommen werden müssen,
150 verstärkt. DIE LINKE ist sich daher bewusst, dass neben dem Lohn und den
151 Arbeitsbedingungen auch die kommunale Finanzausstattung verbessert werden muss.

152

153 **DIE LINKE will Bildung, die ankommt**

154

155 DIE LINKE ist die Partei, die sich für den Erhalt eines ortsnahe und flächendeckenden
156 Schulnetzes einsetzt. Die Versuche der Landesregierung, den zunehmenden
157 Lehrer:innenmangel zu bewältigen, scheitern an unzureichenden und halbherzigen
158 Lösungsvorschlägen. Die Kinder brauchen in unseren Dörfern und Städten eine Zukunft, dafür
159 braucht es Investitionen in Schulen und Kitas. Deshalb will DIE LINKE, dass
160 Standortentscheidungen nicht nach Einspareffekten, sondern im Interesse bestmöglicher
161 Ausbildungsbedingungen aller Schüler:innen, Auszubildenden und Studierenden getroffen
162 werden.

163

164 Die Digitalisierung der Schulen ist zudem keine kurzfristige Maßnahme, sondern eine
165 Entscheidung für die Zukunft. DIE LINKE will sie konsequent und nachhaltig vorantreiben.
166 Dafür braucht es auch eine ausreichende Personalausstattung zur Unterhaltung der Technik
167 und Medienkompetenz der Lehrer:innen und Schüler:innen.

168

169 DIE LINKE setzt sich im Land für eine Verstärkung der Schulsozialarbeit ein. Sie ist ein
170 wichtiges Bindeglied zwischen Schule, Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern und schafft
171 sichere Räume und Vertrauen vor allem für Schüler:innen. Sie ist auch ein wesentliches Mittel
172 zur Vermeidung von Schulabbrüchen. Unser Ziel ist dabei auch, dass Kinder und Jugendliche
173 mit und ohne Beeinträchtigungen mit- und voneinander lernen. Deshalb muss integrative
174 Beschulung bedarfsgerecht sichergestellt und finanziert werden.

175

176 **DIE LINKE will mehr Gewicht für Kommunalpolitik**

177

178 Kommunale Räte erlassen keine Gesetze, sondern setzen Vorgaben der Europäischen Union,
179 des Bundtages und der Länder um. Die Kommune ist also demokratisches Bewährungsfeld,
180 hier zeigen sich Wirkungen, Probleme und vor allem Veränderungsbedarf. Deshalb verdient
181 Kommunalpolitik mehr Aufmerksamkeit. DIE LINKE vernetzt Mandatsträger:innen landes- und

182 bundesweit. Wir fordern nicht in Dauerschleife Flüchtlingsgipfel, sondern gute Bildungs- und
183 Familienpolitik, sozial flankierten Klimaschutz und Armutsbekämpfung auf allen politischen
184 Ebenen.

185
186 Die Kommunen in Sachsen-Anhalt sind seit Jahren chronisch unterfinanziert, damit verbunden
187 sind Einschnitte in vielen Lebensbereichen und ein gewaltiger Investitionsstau. Die Ursachen
188 sind vielfältig. Sie reichen von Altschulden auf Grund von Fehlinvestitionen über zu geringe
189 Gewerbesteuern bis hin zu fehlenden Einkommens- und Umsatzsteuern, weil Sachsen-Anhalt
190 nach wie vor ein Niedriglohnland ist. Aber die Kommunen brauchen eine ausreichende
191 Finanzausstattung und eine Ausfinanzierung der Aufgaben, die ihnen vermehrt von Bund und
192 Land übertragen werden. Sonst bleiben noch mehr Bibliotheken und Schwimmbäder
193 geschlossen, können Straßen und Brücken nicht saniert werden und in der Nacht bleiben die
194 Gemeinden dunkel.

195
196 Wir wollen Gemeinden mit solidarischem Zusammenhalt, sozialer Sicherheit und
197 demokratischer Beteiligung aller. Damit das auf allen Ebenen möglich ist, müssen auch die
198 Mitbestimmungsrechte der Ortschaftsräte gestärkt werden, denn sie sind für uns wichtige
199 Akteure der Kommunalpolitik. Sie können wohnort- und bürgernah agieren. Ihre Tätigkeit
200 muss stärker Berücksichtigung im Gemeinde- bzw. Stadtrat finden. Senioren-, Jugend- und
201 Migrant:innen-Beiräte dürfen nicht nur Gesprächsforum sein, sondern müssen
202 Kommunalpolitik wirklich beeinflussen können.

203
204 Unter dieser Prämisse fordert DIE LINKE, dass alle landespolitischen Gesetze und
205 Entscheidungsgrundlagen auf den Prüfstand zu stellen und die demokratische Mitbestimmung
206 der Bürger:innen und Kommunen wieder herzustellen sind.

207
208 Kommunale Themen haben direkten Einfluss auf das Leben vor Ort. So ist bei der Ausweisung
209 von Eigenheim- und Industriesiedlungen zu prüfen, ob es eine ausreichende Anbindung an
210 den ÖPNV und ein Radwegkonzept gibt, und ob Schule, Kitas, Arztpraxen geplant sind. All
211 das muss von den kommunalen Mandatsträger:innen langfristig bedacht und entschieden
212 werden.

213
214
215 **Wir leben in einer Zeit voller Umbrüche. Vieles wird sich in den nächsten Jahren**
216 **ändern, und DIE LINKE will, dass dabei die Richtung stimmt: Für sichere und belebte**
217 **Innenstädte und Dörfer, für bezahlbares Wohnen und Arbeiten in der Stadt und auf**
218 **dem Land. Für mehr Natur- und Hitzeschutz und weniger Versiegelung natürlicher**
219 **Flächen. Für Kommunen als guter Lebensort und guter Arbeitgeber mit ausreichend**
220 **Fachkräften in der Betreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung.**